

Übereinkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit

Angenommen in Genf am 25. Juni 1957
Von der Bundesversammlung genehmigt am 18. Juni 1958²
Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 18. Juli 1958
In Kraft getreten für die Schweiz am 18. Juli 1959
(Stand am 21. März 2013)

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 5. Juni 1957 zu ihrer vierzigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat die Frage der Zwangsarbeit geprüft, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet,

hat die Bestimmungen des Übereinkommens über Zwangsarbeit, 1930³, zur Kenntnis genommen,

hat zur Kenntnis genommen, dass das Übereinkommen über Sklaverei, 1926⁴, bestimmt, dass zweckmässige Massnahmen ergriffen werden sollen, um zu verhüten, dass die Pflicht- oder Zwangsarbeit der Sklaverei ähnliche Zustände herbeiführt, und dass das Zusätzliche Übereinkommen über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Gepflogenheiten, 1956⁵, die völlige Abschaffung der Schuldknechtschaft und der Leibeigenschaft vorsieht,

hat zur Kenntnis genommen, dass das Übereinkommen über den Lohnschutz, 1949, bestimmt, dass der Lohn in regelmässigen Zeitabschnitten bezahlt werden muss, und Lohnzahlungsmethoden untersagt, die dem Arbeitnehmer in Wirklichkeit die Möglichkeit nehmen, sein Arbeitsverhältnis zu beenden,

hat beschlossen, verschiedene weitere Anträge anzunehmen betreffend die Abschaffung gewisser Formen der Zwangs- oder Pflichtarbeit, durch die eine Verletzung der Menschenrechte gegeben ist, auf die in der Charta der Vereinten Nationen⁶ hingewiesen wird und die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet werden, und

dabei bestimmt, dass diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

AS 1958 485; BBl 1958 I 530

¹ Der nachstehend abgedruckte deutsche Text bildet die in Übereinstimmung mit Artikel 42 der Geschäftsordnung der Internationalen Arbeitskonferenz angefertigte offizielle Übersetzung des französischen und englischen Urtextes. Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der entsprechenden Ausgabe dieser Sammlung.

² AS 1958 483

³ SR 0.822.713.9

⁴ SR 0.311.37

⁵ SR 0.311.371

⁶ SR 0.120

Die Konferenz nimmt heute, am 25. Juni 1957, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957, bezeichnet wird.

Art. 1

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, die Zwangs- oder Pflichtarbeit zu beseitigen und in keiner Form zu verwenden

- a. als Mittel politischen Zwanges oder politischer Erziehung oder als Strafe gegenüber Personen, die gewisse politische Ansichten haben oder äussern oder die ihre ideologische Gegnerschaft gegen die bestehende politische, soziale oder wirtschaftliche Ordnung bekunden;
- b. als Methode der Rekrutierung und Verwendung von Arbeitskräften für Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung;
- c. als Massnahme der Arbeitsdisziplin;
- d. als Strafe für die Teilnahme an Streiks;
- e. als Massnahme rassistischer, sozialer, nationaler oder religiöser Diskriminierung.

Art. 2

Jedes Mitglied der Internationalen Arbeitsorganisation, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, wirksame Massnahmen zur sofortigen und vollständigen Abschaffung der in Artikel 1 dieses Übereinkommens bezeichneten Zwangs- oder Pflichtarbeit zu ergreifen.

Art. 3

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Art. 4

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.
2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikation zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.
3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Art. 5

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum ersten Mal in Kraft ge-

treten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Massgabe dieses Artikels kündigen.

Art. 6

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Art. 7

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Massgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

Art. 8

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, so oft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Art. 9

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a. Die Ratifikation des neugefassten Übereinkommens durch ein Mitglied schliesst ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne Rücksicht auf Artikel 5, vorausgesetzt, dass das neugefasste Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b. Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefassten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefasste Übereinkommen ratifiziert haben.

Art. 10

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise massgebend.

Geltungsbereich am 21. März 2013⁷

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Afghanistan	16. Mai	1963	16. Mai	1964
Ägypten	23. Oktober	1958	23. Oktober	1959
Albanien	27. Februar	1997	27. Februar	1998
Algerien	12. Juni	1969	12. Juni	1970
Angola	4. Juni	1976 N	4. Juni	1976
Antigua und Barbuda	2. Februar	1983 N	2. Februar	1983
Äquatorialguinea	13. August	2001	13. August	2002
Argentinien	18. Januar	1960	18. Januar	1961
Armenien	17. Dezember	2004	17. Dezember	2005
Aserbaidschan	9. August	2000	9. August	2001
Äthiopien	24. März	1999	24. März	2000
Australien	7. Juni	1960	7. Juni	1961
Norfolk-Insel	5. Oktober	1961	5. Oktober	1961
Bahamas	25. Mai	1976 N	25. Mai	1976
Bahrain	14. Juli	1998	14. Juli	1999
Bangladesch	22. Juni	1972 N	22. Juni	1972
Barbados	8. Mai	1967 N	8. Mai	1967
Belarus	25. September	1995	25. September	1996
Belgien	23. Januar	1961	23. Januar	1962
Belize	15. Dezember	1983 N	15. Dezember	1983
Benin	22. Mai	1961	22. Mai	1962
Bolivien	11. Juni	1990	11. Juni	1991
Bosnien und Herzegowina	15. November	2000	15. November	2001
Botsuana	5. Juni	1997	5. Juni	1998
Brasilien	18. Juni	1965	18. Juni	1966
Bulgarien	23. März	1999	23. März	2000
Burkina Faso	25. August	1997	25. August	1998
Burundi	11. März	1963 N	11. März	1963
Chile	1. Februar	1999	1. Februar	2000
China				
Hongkong ^a	6. Juni	1997	1. Juli	1997
Macau ^{b c}	20. Dezember	1999	20. Dezember	1999
Costa Rica	4. Mai	1959	4. Mai	1960
Côte d'Ivoire	5. Mai	1961	5. Mai	1962
Dänemark	17. Januar	1958	17. Januar	1959
Färöer	17. Januar	1958	17. Januar	1959
Grönland	17. Januar	1958	17. Januar	1959
Deutschland	22. Juni	1959	22. Juni	1960

⁷ AS 1973 1684, 1975 2502, 1982 840, 1985 290, 1992 673, 2005 1853, 2008 31, 2010 3991 und 2013 967. Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereichs findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Dominica	28. Februar	1983 N	28. Februar	1983
Dominikanische Republik	23. Juni	1958	23. Juni	1959
Dschibuti	3. August	1978 N	3. August	1978
Ecuador	5. Februar	1962	5. Februar	1963
El Salvador	18. November	1958	18. November	1959
Eritrea	22. Februar	2000	22. Februar	2001
Estland	7. Februar	1996	7. Februar	1997
Fidschi	19. April	1974 N	19. April	1974
Finnland	27. Mai	1960	27. Mai	1961
Frankreich*	18. Dezember	1969	18. Dezember	1970
Französisch Guyana	27. November	1974	27. November	1974
Französisch Polynesien	27. November	1974	27. November	1974
Guadeloupe	27. November	1974	27. November	1974
Martinique	27. November	1974	27. November	1974
Neukaledonien	27. November	1974	27. November	1974
Réunion	27. November	1974	27. November	1974
St. Pierre und Miquelon	27. November	1974	27. November	1974
Gabun	29. Mai	1961	29. Mai	1962
Gambia	4. September	2000	4. September	2001
Georgien	23. September	1996	23. September	1997
Ghana	15. Dezember	1958	15. Dezember	1959
Grenada	9. Juli	1979 N	9. Juli	1979
Griechenland	30. März	1962	30. März	1963
Guatemala	9. Dezember	1959	9. Dezember	1960
Guinea	11. Juli	1961	11. Juli	1962
Guinea-Bissau	21. Februar	1977 N	21. Februar	1977
Guyana	8. Juni	1966 N	8. Juni	1966
Haiti	4. März	1958	4. März	1959
Honduras	4. August	1958	4. August	1959
Indien	18. Mai	2000	18. Mai	2001
Indonesien	7. Juni	1999	7. Juni	2000
Irak	15. Juni	1959	15. Juni	1960
Iran	13. April	1959	13. April	1960
Irland	11. Juni	1958	11. Juni	1959
Island	29. November	1960	29. November	1961
Israel	10. April	1958	10. April	1959
Italien	15. März	1968	15. März	1969
Jamaika	26. Dezember	1962 N	26. Dezember	1962
Jemen ^d	14. April	1969 N	14. April	1969
Jordanien	31. März	1958	31. März	1959
Kambodscha	23. August	1999	23. August	2000
Kamerun	3. September	1962 N	3. September	1962
Kanada	14. Juli	1959	14. Juli	1960
Kap Verde	3. April	1979 N	3. April	1979

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Kasachstan	18. Mai	2001	18. Mai	2002
Katar	2. Februar	2007	2. Februar	2008
Kenia	13. Januar	1964 N	13. Januar	1964
Kirgisistan	18. Februar	1999	18. Februar	2000
Kiribati	3. Februar	2000 N	3. Februar	2000
Kolumbien	7. Juni	1963	7. Juni	1964
Komoren	23. Oktober	1978 N	23. Oktober	1978
Kongo (Brazzaville)	26. November	1999	26. November	2000
Kongo (Kinshasa)	20. Juni	2001	20. Juni	2002
Kroatien	5. März	1997	5. März	1998
Kuba	2. Juni	1958	2. Juni	1959
Kuwait	21. September	1961	21. September	1962
Lesotho	14. Juni	2001	14. Juni	2002
Lettland	27. Januar	1992	27. Januar	1993
Libanon	1. Juni	1977	1. Juni	1978
Liberia	25. Mai	1962	25. Mai	1963
Libyen	13. Juni	1961	13. Juni	1962
Litauen	26. September	1994	26. September	1995
Luxemburg	24. Juli	1964	24. Juli	1965
Madagaskar	6. Juni	2007	6. Juni	2008
Malawi	19. November	1999	19. November	2000
Malediven	4. Januar	2013	4. Januar	2014
Mali	28. Mai	1962	28. Mai	1963
Malta	4. Januar	1965 N	4. Januar	1965
Marokko	1. Dezember	1966	1. Dezember	1967
Mauretanien	3. April	1997	3. April	1998
Mauritius	2. Dezember	1969 N	2. Dezember	1969
Mazedonien	15. Juli	2003	15. Juli	2004
Mexiko	1. Juni	1959	1. Juni	1960
Moldau	10. März	1993	10. März	1994
Mongolei	15. März	2005	15. März	2006
Montenegro	3. Juni	2006 N	3. Juni	2006
Mosambik	6. Juni	1977	6. Juni	1978
Namibia	15. November	2000	15. November	2001
Nauru	5. September	1968 N	5. September	1968
Nepal	30. August	2007	30. August	2008
Neuseeland	14. Juni	1968	14. Juni	1969
Cook-Inseln	28. September	1973	28. September	1973
Tokelau	14. Juni	1968	14. Juni	1969
Nicaragua	31. Oktober	1967	31. Oktober	1968
Niederlande	18. Februar	1959	18. Februar	1960
Aruba	1. Januar	1986	18. Februar	1960
Curaçao	18. Februar	1959	18. Februar	1960

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba)	18. Februar	1959	18. Februar	1960
Niue	14. Juni	1968	14. Juni	1969
Sint Maarten	18. Februar	1959	18. Februar	1960
Nigeria	17. Oktober	1960 N	17. Oktober	1960
Norwegen	14. April	1958	14. April	1959
Oman	21. Juli	2005	21. Juli	2006
Österreich	5. März	1958	5. März	1959
Pakistan	15. Februar	1960	15. Februar	1961
Panama	16. Mai	1966	16. Mai	1967
Papua-Neuguinea	1. Mai	1976 N	1. Mai	1976
Paraguay	16. Mai	1968	16. Mai	1969
Peru	6. Dezember	1960	6. Dezember	1961
Philippinen	17. November	1960	17. November	1961
Polen	30. Juli	1958	30. Juli	1959
Portugal	23. November	1959	23. November	1960
Ruanda	18. September	1962 N	18. September	1962
Rumänien	3. August	1998	3. August	1999
Russland	2. Juli	1998	2. Juli	1999
St. Kitts und Nevis	12. Oktober	2000	12. Oktober	2001
St. Lucia	14. Mai	1980 N	14. Mai	1980
St. Vincent und die Grenadinen	21. Oktober	1998 N	31. Mai	1995
Salomoninseln	13. April	2012	13. April	2013
Sambia	22. Februar	1965	22. Februar	1966
Samoa	30. Juni	2008	30. Juni	2009
San Marino	1. Februar	1995	1. Februar	1996
Sao Tomé und Príncipe	4. Mai	2005	4. Mai	2006
Saudi-Arabien	15. Juni	1978	15. Juni	1979
Schweden	2. Juni	1958	2. Juni	1959
Schweiz	18. Juli	1958	18. Juli	1959
Senegal	28. Juli	1961	28. Juli	1962
Serbien	10. Juli	2003	10. Juli	2004
Seychellen	6. Februar	1978 N	6. Februar	1978
Sierra Leone	13. Juni	1961 N	13. Juni	1961
Simbabwe	27. August	1998	27. August	1999
Slowakei	29. September	1997	29. September	1998
Slowenien	24. Juni	1997	24. Juni	1998
Somalia	18. November	1960 N	18. November	1960
Spanien	6. November	1967	6. November	1968
Sri Lanka	7. Januar	2003	7. Januar	2004
Südafrika	5. März	1997	5. März	1998
Sudan	22. Oktober	1970	22. Oktober	1971
Südsudan	29. April	2012	29. April	2013
Suriname	15. Juni	1976 N	15. Juni	1976

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)		Inkrafttreten	
Swasiland	28. Februar	1979	28. Februar	1980
Syrien	23. Oktober	1958	23. Oktober	1959
Tadschikistan	23. September	1999	23. September	2000
Tansania	22. Juni	1964 N	22. Juni	1964
Thailand	2. Dezember	1969	2. Dezember	1970
Togo	10. Juli	1999	10. Juli	2000
Trinidad und Tobago	24. Mai	1963 N	24. Mai	1963
Tschad	8. Juni	1961	8. Juni	1962
Tschechische Republik	6. August	1996	6. August	1997
Tunesien	12. Januar	1959	12. Januar	1960
Türkei	29. März	1961	29. März	1962
Turkmenistan	15. Mai	1997	15. Mai	1998
Uganda	4. Juni	1963 N	4. Juni	1963
Ukraine	14. Dezember	2000	14. Dezember	2001
Ungarn	4. Januar	1994	4. Januar	1995
Uruguay	22. November	1968	22. November	1969
Usbekistan	15. Dezember	1997	15. Dezember	1998
Vanuatu	28. August	2006	28. August	2007
Venezuela	16. November	1964	16. November	1965
Vereinigte Arabische Emirate	24. Februar	1997	24. Februar	1998
Vereinigtes Königreich	30. Dezember	1957	17. Januar	1959
Anguilla	20. August	1958	17. Januar	1959
Bermudas	10. Juni	1958	17. Januar	1959
Britische Jungferninseln	8. Juli	1958	17. Januar	1959
Falklandinseln	8. Juli	1958	17. Januar	1959
Gibraltar	10. Juni	1958	17. Januar	1959
Guernsey	17. März	1959	17. März	1959
Insel Man	17. März	1959	17. März	1959
Jersey	17. März	1959	17. März	1959
Montserrat	10. Juni	1958	17. Januar	1959
St. Helena	10. Juni	1958	17. Januar	1959
Vereinigte Staaten*	25. September	1991	25. September	1992
Zentralafrikanische Republik	9. Juni	1964	9. Juni	1965
Zypern	23. September	1960 N	23. September	1960

* Vorbehalte und Erklärungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Internationalen Arbeitsorganisation: www.ilo.org/ilolex/french/convdsp1.htm eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

^a Vom 25. Nov. 1959 bis zum 30. Juni 1997 war das Übereink. auf Grund einer Ausdehnungserklärung des Vereinigten Königreichs in Hongkong anwendbar. Seit dem 1. Juli 1997 bildet Hongkong eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 6. Juni 1997 ist das Übereink. seit dem 1. Juli 1997 auch in der SAR Hongkong anwendbar.

^b Ohne Abweichungen anwendbar.

Vertragsstaaten	Ratifikation Nachfolgeerklärung (N)	Inkrafttreten
c		Vom 4. Okt. 1999 bis zum 19. Dez. 1999 war das Übereink. auf Grund einer Ausdehnungserklärung Portugals in Macau anwendbar. Seit dem 20. Dez. 1999 bildet Macau eine Besondere Verwaltungsregion (SAR) der Volksrepublik China. Auf Grund der chinesischen Erklärung vom 13. Dez. 1999 ist das Übereink. seit dem 20. Dez. 1999 auch in der SAR Macau anwendbar.
d		22. Mai 1990: Vereinigung der Jemenitischen Arabischen Republik und der Demokratischen Volksrepublik Jemen zur Republik Jemen.